

25. November 2011

Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung – Rathausmarkt 5 – 20095 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Postfach 7121
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/3142

Ihr Schreiben vom 9. November 2011 mit der Bitte um Stellungnahme zum Thema Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (Ihr Zeichen: L213)

Sehr geehrte Damen und Herren des Bildungsausschusses,

für die mit Ihrem Schreiben vom 9. November 2011 eingeräumte Möglichkeit der Stellungnahme zum Thema „Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein“ und die dazu mitgesendeten Drucksachen bedanke ich mich herzlich. Als Leiter des Julius-Leber-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich die uns zugesendeten Unterlagen mit großem Interesse gelesen.

Das Julius-Leber-Forum ist das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Unser Bürostandort ist Hamburg. Von hier aus sprechen wir relevante Teile der Bevölkerung in den genannten drei Bundesländern an und bieten niedrigschwellige sowie teilnehmer- und beteiligungsorientierte Bildungsveranstaltungen für die Auseinandersetzung mit Politik und zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen an. Mit unseren Angeboten wecken wir auch in Schleswig-Holstein die Bereitschaft zur aktiven Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen und fördern die Befähigung zur kompetenten Teilhabe an einer demokratischen politischen Kultur. Unsere Bildungsarbeit basiert unter anderem auf den „Säulen“ Politikvermittlung und Seminare/ Lernprojekte. Ziel ist auch die Vermittlung von Kompetenzen für politisches Handeln. Damit soll zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie, der damit verbundenen Werthaltungen und zur Verbesserung der Urteils- und Handlungskompetenzen der Bürgerinnen und Bürger beigetragen werden.

Diesem knappen Profil unserer Arbeit mögen Sie entnehmen, dass die ganz überwiegende Zahl der Regelungen des Gesetzentwurfes der Landesregierung (Drucksache 17/1854) unsere Arbeit als in Hamburg ansässiges und auch in Schleswig-Holstein arbeitendes Regionalbüro allenfalls am Rande betreffen. Insofern möchte ich zu den zahlreichen Details, die in den mitgesendeten Drucksachen zu diskutieren wären, nicht näher Stellung beziehen – die unmittelbar betroffenen Einrichtungen in Schleswig-Holstein sind dazu berufener und in vielen Details sicher auch kompetenter.

Gleichwohl können Sie dem oben skizzierten Profil aber auch entnehmen, dass wir der politischen Bildung einen sehr wichtigen Stellenwert in der Weiterbildungslandschaft auch in Schleswig-Holstein einräumen. Bei der Durchsicht der von Ihnen übermittelten Unterlagen vermittelt sich jedoch der Eindruck, dass der politischen Bildung allenfalls am Rande Bedeutung zugemessen

wird. Der Gesetzentwurf hebt in ganz überwiegendem Maße auf die berufliche Weiterbildung und deren Rahmenbedingungen ab. So wichtig dieser Bereich unzweifelhaft ist, scheint mir die politische Bildung in ihrer spezifischen und eigenständigen Bedeutung nicht ausreichend zur Geltung zu kommen.

Wo individuelles Handeln und individuelle Weiterbildung immer stärker auf persönliche und wirtschaftliche Nutzbarmachung ausgerichtet sind, schwinden demokratische Tugenden und Gemeinwohlorientierung. Demokratie beruht jedoch auf Voraussetzungen, die nicht allein durch Institutionen garantiert werden können. Dazu gehört vor allem eine ihr gemäße politische Kultur, die aus der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Werten der Demokratie und der Bereitschaft und Fähigkeit zu aktiver Beteiligung in Staat und Zivilgesellschaft erwächst. Diese Grundlagen der Demokratie zu stärken ist das Ziel politischer Bildungsarbeit.

Eine lebendige Demokratie kann meiner Ansicht und Erfahrung nach nur bestehen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sich verantwortlich und mit Aussicht auf Erfolg am politischen Leben beteiligen können. Politische Bildung ist dabei eines der entscheidenden Instrumente, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen sowie die demokratische Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Sie zielt daher nicht lediglich auf Informationen über Politik, sondern vermittelt Orientierung und Qualifizierung für ein erfolgreiches gesellschaftspolitisches Engagement. Die Identifikation mit den Grundwerten und -rechten der Demokratie schafft nicht zuletzt auch die Voraussetzungen für eine engagierte und informierte Auseinandersetzung mit anti-demokratischen und extremistischen Strömungen in der Gesellschaft. Nicht nur in diesen Tagen lässt sich die Bedeutung dieses Engagements kaum überschätzen.

Insofern halte ich es für angemessen, dass die Bedeutung der politischen Bildung für die politische Praxis und Kultur der Demokratie in dem zu erarbeitenden Weiterbildungsgesetz für Schleswig-Holstein stärker profiliert und als unverzichtbare, eigenständige Säule in der pluralistischen Bildungslandschaft zur Geltung gebracht werden sollte.

Mit herzlichen Grüßen und besten Wünschen für den Erfolg Ihrer Arbeit



Dr. Peter Hurrelbrink
Leiter des Julius-Leber-Forums
der Friedrich-Ebert-Stiftung